

Spitzentreffen in Wiesbaden

Kirchen und Gewerkschaften wollen Gestaltung einer gelingenden Integration

Kirchen und Gewerkschaften in Hessen fordern gemeinsam eine Sozial- und Flüchtlingspolitik, die Integration noch besser fördert. Das ist das Ergebnis eines Spitzentreffens in Wiesbaden.

Wiesbaden, 25. Mai 2016. Zu einem Spitzengespräch haben sich Vertreter der evangelischen Kirchen, katholischen Bistümer in Hessen und des DGB Hessen-Thüringen in Wiesbaden getroffen. Wie die Beteiligten am Mittwoch (25. Mai) in einer gemeinsamen Mitteilung erklärten, stand die Integration geflüchteter Menschen im Mittelpunkt des Treffens. Der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung hob hervor: „Wir brauchen eine inklusive Integrations- und Sozialpolitik, die alle Gruppen von Geflüchteten, aber auch sozial schwache einheimische Gruppen berücksichtigt.“ Bischof Martin Hein von der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck betonte, ohne das große zivilgesellschaftliche Engagement der Kirchen und ihrer Initiativen hätte die Aufnahme der Flüchtlinge nicht gelingen können.

Auch Fluchtursachen bekämpfen

Der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen lenkte den Blick auf transnationale Zusammenhänge: „Die Situation der geflüchteten Menschen muss im Gesamtzusammenhang der weltweiten krisenhaften Entwicklungen gesehen werden. Wir brauchen in Deutschland und Europa politische und ökonomische Verhaltensweisen, die Gerechtigkeit fördern und damit Fluchtursachen aufheben“.

Mehr-Klassen-System auf Arbeitsmarkt verhindern

Gabriele Kailing, die Bezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, betonte: „Die Integration in die Gesellschaft findet maßgeblich über die Integration in den Arbeitsmarkt statt.“ Dazu müsste die Qualifizierung durch Sprachangebote und berufsorientierende Praktika verbessert werden. Die Aufweichung von Arbeitsrechtsstandards oder Ausnahmen vom Mindestlohn lehne sie ab. „Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Gute Arbeit. Ein

Mehr-Klassen-System am Arbeitsmarkt jedoch bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen

Kirchen und Gewerkschaften waren sich darin einig, dass es nicht zu einem Wettbewerb zwischen Flüchtlingen und anderen benachteiligten Gruppen kommen dürfe. Daher sei es unverzichtbar durch sozialen Wohnungsbau bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen oder Arbeitsverhältnisse nach Tariflohn beziehungsweise Mindestlohn zu entlohnen. Auch müssten Angebote für Personen, die langzeiterwerbslos sind, weiter verstärkt werden.

Sonntagsschutz bleibt dringende Aufgabe

Ein weiteres Thema waren die jüngsten Gerichtsurteile zu Sonntagsöffnungen von Geschäften. Die Kirchen und Gewerkschaften begrüßen, dass durch die Gerichtsurteile die Ausnahmen für eine Öffnung von Verkaufsstellen an einem Sonntag deutlich restriktiver gehandhabt werden müssen. Die Rechtsprechung bestärke die Kirchen und Gewerkschaften in ihrer gemeinsamen Allianz für den Schutz des arbeitsfreien Sonntages.

An dem Gespräch nahmen für die Evangelischen Kirchen in Hessen u.a. Bischof Martin Hein, Kassel; Kirchenpräsident Volker Jung, Darmstadt sowie Präses Manfred Rekowski, Düsseldorf;

für die Katholischen Bistümer u.a. Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda, Weihbischof Manfred Grothe, Limburg sowie Diözesanadministrator Dietmar Giebelmann, Mainz

für den DGB Hessen-Thüringen, Gabriele Kailing, DGB-Vorsitzende, Jürgen Bothner, Verdi, Birgit Koch, GEW, teil.

[Mehr zum Thema Flüchtlinge: Seite Menschen wie wir](#)

[Mehr zum Thema Flüchtlinge: Seite Menschen wie wir](#)
